

Stephan Attiger: «Bin sehr zufrieden»

Gemeinden der Region Baden einigen sich auf langfristige Verkehrsziele – Regierungsrat über Tempo 30, Velorouten und Autos im Stau.

Pirmin Kramer

Das Verkehrsnetz in der Region Baden gerät täglich an seine Kapazitätsgrenzen. «Die Panne eines Autos kann genügen, um einen Stau zu verursachen und das Verkehrssystem aus der Balance zu bringen», sagt Regierungsrat Stephan Attiger, Vostehrer des Departements Bau, Verkehr und Umwelt.

Die Frage, wie die Verkehrssituation bis im Jahr 2040 verbessert werden kann, sorgte in der Vergangenheit für kontroverse Diskussionen. Obersiggenthal leistete vehementen Widerstand gegen die Pläne des Kantons für einen neuen Tunnel durch den Martinsberg und den Bau einer neuen Autobrücke über die Limmat. Die Gemeinde befürchtete massiv mehr Durchgangsverkehr.

Der Kanton reagierte: Er hat die Gemeinden und Behördenvertreter verstärkt in die Planung miteinbezogen, dazu auch die Interessengruppen und die Bevölkerung – zum Beispiel mit der Mobilitätskonferenz mit rund 200 Personen aus der Region. Nun liegen erste konkrete Resultate vor. Der Kanton spricht gar von einem Meilenstein. Denn die zehn involvierten Gemeinden haben sich auf gemeinsame Ziele einigen können.

Die Menschen im Raum Baden sollen so viel wie möglich

mit dem Velo, zu Fuss und dem öffentlichen Verkehr unterwegs sein. Das Veloverkehrsnetz soll durchgängig und direkt gestaltet werden und wichtige Zielorte erschliessen. Wichtig: Menschen aller Generationen sollen sich auf den Velowegen sicher fühlen.

Attiger sagt dazu, die Menschen im Raum Baden fühlen sich insgesamt sicher. Aber es bestehe insofern Nachholbedarf, als es für die Velofahrenden an attraktiven Infrastrukturen wie auch an genügend breiten Velostreifen fehle, was den Umsteigeeffekt nicht fördere. Als gutes Beispiel nennt er die Cordulapassage, welche von Velofahrenden und Fussgängerinnen und Fussgängern intensiv genutzt und geschätzt werde.

Gleichzeitig sollen die Reisezeiten für den Autoverkehr innerhalb der Region planbar bleiben. Die Siedlungsgebiete sollen durch den Schwerverkehr möglichst wenig tangiert werden, und das Strassennetz darf für den Transit-Schwerverkehr nicht attraktiver werden.

Regierungsrat Attiger: «Ich bin sehr zufrieden, dass sich die Gemeinden auf gemeinsame Ziele einigen können.» Hinzu komme, dass sich die Gemeinden auch einig geworden sind bei der Beurteilung des Status quo. Eine der wichtigsten Erkenntnisse: Der Verkehr im Raum Baden und Umgebung ist

«Weil heutzutage viele Menschen mit E-Velos unterwegs sind, hat sich die Ausgangslage verändert.»



Stephan Attiger
Regierungsrat

mehrheitlich hausgemacht.

Und: Die Kantonsstrassen verlaufen in den meisten Gemeinden mitten durch das Siedlungsgebiet, sind heute mehrheitlich auf den Autoverkehr ausgerichtet und für den Fuss- und Veloverkehr unattraktiv. Das beeinträchtigt die Aufenthaltsqualität und den lokalen Verkehr.

«Jetzt, da wir gemeinsame Ziele definiert haben, können wir die passenden Lösungen suchen», sagt Attiger. Dass dies in der engen Klus von Baden, die nicht unendlich Platz bietet, kein einfaches Unterfangen sein wird, liegt auf der Hand.



Viele Autos: Abendverkehr in Baden, hier unter dem Hochbrückenkopf Ost.

Bild: Alex Spichale

Wie soll die Situation für die Velofahrerinnen und -fahrer konkret verbessert werden? Attiger spricht von Velorouten durchs Limmattal, die besonderen Anforderungen genügen müssen. «Weil heutzutage viele Menschen mit E-Velos unterwegs sind, hat sich die Ausgangslage geändert.» Gefragt seien nicht in erster Linie besonders attraktive, sondern vor allem schnelle, sichere und durchgehende Routen. Diese müssten genügend breit sein, damit man mit dem E-Bike langsamere Velofahrer überholen könne.

Wie beurteilt Attiger die aktuelle Verkehrssituation im

Raum Baden? «Baden ist ein Zentrum. Und in allen Zentren der Schweiz sind die Herausforderungen ähnlich gelagert.» Das heisst: In den Spitzenzeiten morgens und abends hat es viel Verkehr. Aber die Verkehrsmanagement-Massnahmen der vergangenen Jahre hätten sich bewährt.

Konkret: Als sehr positiv wertet Attiger die Sanierung des Schulhausplatzes vor einigen Jahren. «Der öffentliche Verkehr kann den Fahrplan zuverlässiger einhalten, auch dank des Bus-tunnels.» Und auch für Autofahrerinnen und -fahrer habe sich die Situation verbessert: Freie

Fahrt zu haben, wäre illusorisch, aber man könne zuverlässiger als früher planen, wie lange eine Fahrt durch Baden dauere.

Interessanterweise haben Verkehrszählungen gezeigt: Der Verkehr durch Baden über den Schulhausplatz hat seit 2012 nicht zugenommen. «Damit haben wir ein Ziel erreicht, wir wollten durch den Bau des Schulhausplatzes ja nicht mehr Verkehr anziehen.» Kurzfristig werden in Baden noch weitere Projekte realisiert, so der Bau des Schadenmühlkreisel; später werden Arbeiten beim Hochbrückenkopf Ost folgen.

Und zuletzt noch eine Frage zur Tempo-30-Diskussion auf der Bruggerstrasse: Der Kanton hat sich dagegen ausgesprochen – warum? «Auch hier müssen wir die Situation kurzfristig und langfristig betrachten», sagt Attiger. Momentan lasse das Bundesgesetz wenig Spielraum zu, es bräuchte klare Kriterien, um auf einer Kantonsstrasse Tempo 30 zu erlauben. Diese Kriterien seien in Baden nicht gegeben. Im Hinblick auf das Verkehrsregime ab dem Jahr 2040 sei der Kanton aber auch punkto Tempo 30 auf der Bruggerstrasse offen, wenn beispielsweise alternative Routen angeboten werden, so wie für viele andere Vorschläge – falls es die gesetzliche Situation zulasse.

Kita: Gebenstorf erhöht Subventionen

Das bisherige Reglement über die Beiträge an die externe Kinderbetreuung wurde verbessert.

Claudia Laube

Vor etwas mehr als zwei Jahren erschien in dieser Zeitung eine Übersicht zu den Kosten für die externe Kinderbetreuung in den Bezirken Baden und Zurzach. Als Beispiel fungierte das arbeitstätige Ehepaar Müller, das die Tochter zwei Tage die Woche in eine Kindertagesstätte schickt. Sie bezahlen pro Tag 110 Franken, verfügen über ein massgebendes Einkommen von 65 000 Franken und haben kein Vermögen.

Dabei stellte sich heraus: Gebenstorf bezahlt in diesem Beispiel 92 Franken pro Monat an Unterstützungsbeiträgen und besetzte damit mit Abstand den letzten Platz im Bezirk Baden. Nun hat die Gemeinde das bisherige Kinderbetreuungs- und Elternbeitragsreglement (KIBEG) überprüft und ist dabei zum Schluss gekommen, dass es geändert werden muss. «Es ist Gebenstorf nicht würdig», sagte Gemeindeammann Fabian Keller (Mitte) an der Gemeindeversammlung am Donnerstag.

Gerade einmal 63 (von 3347) Stimmberechtigten waren erschienen, um unter anderem über die KIBEG-Änderung abzustimmen. Die für das Geschäft zuständige Gemeinderätin Milena Peter (FDP) erklärte,

dass man das Reglement im letzten Sommer analysiert und mit anderen Gemeinden verglichen habe. Dabei wurde festgestellt, was schon die Übersicht in der AZ zeigte: «Dass wir eines der Schlusslichter sind.»

Untergrenze wurde gesenkt, Obergrenze erhöht

Mit dem jetzigen Reglement hätten in Gebenstorf «die allermeisten Familien nicht von Subventionen profitieren können», weil auch diejenigen mit tiefen Einkommen nur geringe Beiträge erhalten. «Wir haben das Ziel, Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, nicht erreicht», bekräftigte Peter.

Nun wird die Gemeinde das Berechnungsmodell übernehmen, das die meisten im Kanton bereits anwenden. Es handelt sich um dasselbe, das auch der Kanton für die individuelle Prämienverbilligung nutzt: Die Beiträge werden neu auf Basis des steuerbaren Einkommens plus 20 Prozent des steuerbaren Vermögens berechnet. Statt wie bisher vom Bruttojahreseinkommen plus 10 Prozent des Vermögens.

Neu werden auch nicht mehr alle Steuerabzüge berücksichtigt. So seien bisher Personen, die zum Beispiel grössere Beiträ-

Einkaufsgebiet Geelig: Strasse wird verbreitert

Die Gmeind stimmte auch einem Kredit von 575 000 Franken für die Verbreiterung der Grubenstrasse zu, die von der Vogel-sangstrasse ins Einkaufsgebiet Geelig führt. Damit wird die Auflage des Kantons erfüllt, die Strasse mit dem Bau der neuen Autogarage der Felix Emmenegger AG zu verbreitern, von 5,5 auf 6,2 Meter. (cla)

ge ins Eigenheim investiert hatten, «plötzlich in diesen Subventionierungstopf gefallen, obwohl sie eigentlich ein gutes Einkommen haben», führte Peter aus. Jetzt zählen in erster Linie nur noch berufsbedingte und sozialmotivierte Steuerabzüge.

Das Tarifsysteem wird auf acht Stufen verfeinert, die untere Einkommensgrenze gesenkt und die Obergrenze angehoben. Wer neu weniger als 30 000 Franken (vorher 40 000) verdient, erhält 80 Prozent der Betreuungskosten subventioniert. Wer zwischen 80 001 bis 90 000 Franken verdient, erhält neu einen Gemeindebeitrag von 20, bis 100 000 Franken 10 Prozent.

So können auch Familien aus dem Mittelstand und die Teuerung ausgeglichen werden, sagte Peter. Die Anpassungen werden die Gemeinde künftig mehr kosten: 2022 bezahlte sie insgesamt rund 7000 Franken an die externe Kinderbetreuung, im Schnitt 450 Franken pro Kind.

Mit dem neuen Berechnungsmodell bei gleicher Anzahl Kinder und Einkommensstufe wären dies neu 12 000 Franken jährlich. Doch: «Die Änderungen könnten natürlich dazu führen, dass nun mehr Familien eine externe Kinderbetreuung in Anspruch nehmen», erklärte Milena Peter, und sich so die Ausgaben deshalb erhöhen könnten.

Das sei aber genau das Ziel, betonte die junge Gemeinderätin. «Wir wollen Familien mit tiefen und mittleren Einkommen unterstützen, damit es für sie leichter ist, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen.» Zudem solle dies auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken und die Standortattraktivität von Gebenstorf fördern.

Bei einer Gegenstimme wurde das neue Reglement von der Gmeind genehmigt. Wenn kein Referendum ergriffen wird, soll das neue Reglement per 1. August in Kraft treten.

Nachricht

Ja zum Schulprovisorium

Turgi Die Gemeindeversammlung hat dem Projektierungskredit von 285 000 Franken für ein Provisorium beim Oberstufenschulhaus Gut zugestimmt. Das soll die Platznot an der Bez bis

zum Bau eines Ersatzneubaus lindern. Die 69 Stimmbürger genehmigten auch die Rechnung 2022, zwei Kreditabrechnungen, den Rechenschaftsbericht 2022 und das Protokoll der letzten Gmeind. (sib)

ANZEIGE

BASCHNAGEL
Mobilität aus Leidenschaft

Service Nutzfahrzeuge Service

Freitag ab 16.00 Uhr
Feierabendbier
BNI

Fr, 23. & Sa, 24. Juni 2023
10.00 - 16.00 Uhr in Windisch

**AUSSTELLUNG
GRILL & CHILL**

Jetzt den neuen Amarok probefahren